

Widersprüche aushalten

Stellt euch vor, am 23. Februar ist Wahl und ^{keine_r} ~~jede_r~~ geht hin

Es gibt ja ‘ne ganze Reihe Spontisprüche, was Wahlen betrifft. Als Politiklehrer hab’ ich oft die Frage gestellt, was denn von dem Spruch zu halten sei: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten!“ Das erzeugte immer ganz gut Reibung, die eine lebendige Diskussion erleichtert. Und auch, als wir jetzt in der Redaktion saßen und über das Titelbild nachdachten, ging mir dieser Spruch durch den Kopf.

Wir merkten aber, dass die Zeiten sich gewandelt haben. Vor dem Hintergrund der überwiegend antidemokratischen Parolen der AfD, deren zumindest rechter Flügel um Björn Höcke offen davon spricht, das parlamentarische System abschaffen zu wollen, bekommt eine solche Aussage einen ganz anderen Charakter. Was als Provokation gedacht war, um Menschen aus der Reserve zu locken, könnte missbraucht werden, um autoritäre Verhältnisse nicht nur zu legitimieren, sondern diese auch ganz offen einzufordern.

Natürlich kann man manchmal verzweifeln, wenn man erlebt, wie immer mehr die Marktmechanismen das bestimmen, was um uns herum geschieht. Politiker_innen scheinen eher als Getriebene statt als Antreibende zu agieren. Es ist nur ein Lippenbekenntnis, wenn diese ein „Primat der Politik“ vor sich hertragen, wir Bürger_innen aber gleichzeitig erleben, mit welcher Wucht die Interessen der Wirtschaft durchgesetzt werden. Das Ganze bildet sich dann in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ab. Am Ende des Tages, so sagt man ja neuerdings, sind die Beträge auf den Konten und die Vermögenswerte

des oberen Teils der Gesellschaft exorbitant gewachsen, während ein immer größer werdender Teil der Menschen sich damit zufrieden geben muss, über die Runden zu kommen oder es gelingt ihnen nicht einmal das.

Am Ende des Tages – eine merkwürdige Formulierung, die sich da durchgesetzt hat. Schwingt da nicht so etwas wie Endzeitstimmung mit? Angesichts der Klimakatastrophe liegt das biblisch Apokalyptische „am Ende aller Tage“ nicht so fern. Greta Thunberg hatte nicht unrecht, als sie jüngst in Davos davon sprach, dass das Desaster von allen zu verantworten sei, gleich welche Partei oder welches System man betrachte. Und doch verwischt eine solche Sichtweise, dass es der Kapitalismus und in seiner Folge dann auch die sich hieraus gebildete Systemkonkurrenz der sich sozialistisch nennenden Staaten war und ist, der mittels systemimmanenter Gesetze alles in Richtung Abgrund getrieben hat.

Was folgt für jede_n von uns daraus? Sich gleich den Schuss geben oder versuchen zu retten, was noch zu retten ist? Es entspricht wohl der Spezies Mensch, der, ausgestattet mit dem, was wir Überlebenswillen nennen, sich nicht damit abfindet, den Untergang widerstandslos hinzunehmen. Die einzige Chance, grundsätzlich etwas verändern zu können, besteht eben darin, sich seiner Rolle als geschichtliches Subjekt bewusst zu werden. Und das fängt bei den kleinen Dingen an, über die manch einer lächeln mag, wenn es um ganz alltägliche Änderung von Lebensgewohnheiten geht und hört auf in der Auseinandersetzung darüber, wie wir Ein-

fluss auf das weitere politisch-gesellschaftliche Leben nehmen können. Dazwischen liegt dann auch die Beteiligung an Wahlen, die das Unzulängliche perpetuieren mag, aber auch das Eingeständnis erfordert, dass dies Sinn macht, solange uns nichts Besseres einfällt, was u.a. die Chance auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erhöht und dabei noch ein gewisses Maß an individueller Freiheit gewährleistet.

Warum so vorsichtig formuliert? Den Widerspruch zwischen mehr sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit erleben wir gerade in Bezug auf das Bildungswesen jeden Tag. Das gegliederte Schulsystem, deren Befürworter und Macher dafür verantwortlich sind, dass sich unsere Gesellschaft nicht nur materiell, sondern eben auch die Bildung betreffend – und beides bedingt einander – immer weiter auseinander dividiert, reproduziert sich immer wieder aufs Neue durch die Freiheit der Eltern, die Entscheidung treffen zu können, ihr Kind nicht mit Kindern der unteren Hälfte der Gesellschaft zusammen lernen zu lassen. Eine nachvollziehbare Entscheidung in einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz beruht. Die politische Verantwortung dafür tragen diejenigen, die sich zur Wahl stellen und an dem gegliederten Schulsystem festhalten. Solange es Alternativen gibt, macht es also Sinn, seine Stimme abzugeben für jene, die ein ‘Weiter so’ nicht mehr wollen.

Was sagen also die Parteien?

Wir haben sie befragt (S. 12-19). Dabei geht es neben den Fragen die Chancengleichheit betreffend direkt um unsere Inte-

ressen als abhängig Beschäftigte im Bildungssektor. Vorneweg die Frage, die denen im Schuldienst Arbeitenden wohl am meisten auf den Nägeln brennt: wie wird die Belastung der Kolleg_innen verringert? Die Signale, Entlastung zu schaffen oder gar grund-

legend etwas verändern zu wollen, sind bei den Parteien, die am ehesten die nächste Regierung stellen werden, nur schwach erkennbar. Es wird uns also auch nach der Wahl nichts anderes übrig bleiben, als uns auf andere Weise Gehör zu verschaffen

– und das heißt, den Druck von der Straße her zu erhöhen! Aber vorher haben wir die Wahl, wobei sicherlich niemand bereit sein wird, seine Stimme für ein Linsengericht herzugeben.

JOACHIM GEFFERS

// PRESSEINFORMATION //

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft 

Landesverband Hamburg
Nr. 04/2020 vom 30. Januar 2020

"Richtige Forderung - möge sie den Wahlkampf überstehen!"

GEW zum CDU Antrag zu Lehrer*innenarbeitszeit in der Bürgerschaft

Die CDU hat in der gestrigen Bürgerschaftssitzung einen Antrag „Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte im ‚Lehrerarbeitszeitmodell‘ auf den Weg bringen“ (Drucksache 21/19729) gestellt. Dabei hat sie ganz konkret eine Forderung der GEW aufgegriffen und als ersten Schritt die sofortige Entlastung von Unterrichtsaufgaben in Höhe von ein bis zwei WAZ (Wochenarbeitszeitstunden) für eine Vollzeitstelle beantragt. CDU und Linke stimmten dem Antrag zu. Die rot-grünen Regierungsfractionen lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit ab, wie bereits im Oktober 2018, als die CDU eine Reformierung der Lehrerarbeitszeitverordnung auf Grundlage der Evaluation von 2005 und dem Bericht der Behler-Kommission (Drucksache 21/14661) beantragte.

Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW Hamburg), kommentiert:

"Für die Lehrkräfte an den Schulen sind seit Jahren die Arbeitsbedingungen verschlechtert worden. Es gab eine Fülle neuer Aufgaben ohne Entlastung. Das macht krank oder treibt Lehrkräfte in ungewollte Teilzeit. Die GEW bekräftigt ihre Ablehnung der Lehrerarbeitszeitverordnung und ihre Forderung von 2015 nach einer Höchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden für eine Vollzeitstelle. Der Antrag der CDU beschreibt eine dringend notwendige Sofortmaßnahme – und greift übrigens eine Forderung der GEW auf. Hoffentlich handelt es sich dabei nicht nur um Wahlkampfgeklapper! In der nächsten Legislaturperiode muss das gesamte Lehrerarbeitszeitmodell auf den Prüfstand! Die Regierungsfractionen fragen wir, was sie denn konkret zu tun gedenken, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern?"

Wenn man die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung mit dem Pflichtstundenmodell aus den anderen Bundesländern vergleicht, wird nämlich deutlich, dass in Hamburg die durchschnittlich zu leistende Unterrichtszeit um zwei bis vier Stunden je nach Schulform höher liegt als in anderen Bundesländern. Deshalb fordert die GEW den Senat auf, endlich Maßnahmen zur Transparenz und deutlichen Reduzierung der Arbeitszeit jeder einzelnen Lehrkraft zu ergreifen!"

Hintergrund:

Bei der GEW-Diskussion mit den schulpolitischen Sprecher*Innen am 11.12.2019 war eine der Kernforderungen, dass das Arbeitszeitmodell angepasst und reformiert werden muss. Ein Bericht und die Meinungen der Partei-Vertreter*Innen findet sich unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/schule/das-arbeitszeitmodell-muss-angepasst-und-reformiert-werden>.



Die Forderungen der GEW Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020, u. a. mit dem Kapitel "Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern" finden sich unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/leitlinien-fuer-gute-bildungspolitik-in-hamburg>.

Kontakt: Anja Bensinger-Stolze, Tel. 0151 12 17 38 30

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Landesverband Hamburg
Rothenbaumchaussee 15 • 20148 Hamburg • Telefon 040 / 41 46 33 – 0 • Telefax 040 / 44 08 77

Wir fragen, Politiker_innen antworten

Bildungspolitische Vorstellungen und Forderungen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zur Bürgerschaftswahl 2020



<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Arbeitsbelastung der Lehrer_innen, insbesondere was die Zahl der Unterrichtsstunden anbelangt?</p>	<p>Für Inklusion, Ganztag und die seit 2011 systematisch verkleinerten Klassen wurden viele zusätzliche Lehrer_innenstellen geschaffen. Insgesamt wurde die Zahl der Lehrkräfte seit 2011 um rund 25 Prozent erhöht, obwohl die Schüler_innenzahl nur um rund 13 Prozent anstieg. Stadtteilschullehrkräfte wurden zusätzlich entlastet, indem die Faktorisierung der Unterrichtsstunden auf den höheren Wert der Gymnasien angehoben wurde. Flankierend wurden für alle Lehrkräfte das zweite Lernentwicklungsgespräch und der dritte Präsenztage in den Sommerferien abgeschafft. Durch das Zentralabitur müssen Lehrkräfte die Abituraufgaben nicht mehr selbst konzipieren. Diese zusätzlichen Entlastungen summieren sich auf rund 24 Stunden pro Jahr.</p> <p>Hamburgs Lehrkräfte haben im Bundesvergleich eine leicht höhere Unterrichtsverpflichtung, die aber durch erheblich mehr Freistunden für Organisationsaufgaben (F-Zeiten) mehr als ausgeglichen wird. Stichproben zeigen, dass die reale Zahl der von Lehrkräften erteilten Unterrichtsstunden unter dem Bundesdurchschnitt liegt.</p>	<p>Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte hat zugenommen. Es sind vielfältige Aufgaben hinzugekommen, die jedoch im Lehrerarbeitszeitmodell (LAZ) nicht berücksichtigt wurden. Daher wollen wir das LAZ entsprechend überarbeiten und anpassen. Bis dahin müssen Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte ergriffen werden, wie z.B. den Lehrkräften eine Erhöhung von ein bis zwei Wochenarbeitszeitstunden (WAZ) bezogen auf Vollzeitäquivalente im Bereich A (Allgemeine Aufgaben) zu Verfügung zu stellen.</p> <p>Wir wollen das Lehrpersonal darin unterstützen, gesund zu bleiben oder wieder gesund zu werden. Daher werden wir die bereits bestehenden Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung für Lehrkräfte stärken und darüber hinaus prüfen, wie ein eigenes arbeitsmedizinisches Institut dafür eingerichtet werden kann. Um den steigenden Anforderungen von Schulen durch genügend Lehrpersonal gerecht zu werden, wollen wir Lehrkräfte von nicht pädagogischen Aufgaben und Arbeiten entlasten. So wird in der Schule neben Lehrkräften, Sonderpädagoginnen/Sonderpädagogen sowie Erzieherinnen/Erziehern künftig auch Verwaltungs-, IT- und technisches Personal die multiprofessionellen Teams ergänzen.</p>
<p>Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um der zunehmenden sozialen Segregation, die sich in der Wahl der Schulart widerspiegelt, etwas entgegenzusetzen?</p>	<p>Wir haben die Stadtteilschulen deutlich attraktiver gemacht und personell besser ausgestattet: Bei gleicher Schüler_innenzahl hat eine Stadtteilschule rund 35 Prozent mehr Pädagog_innen. Wir statten die Stadtteilschulen mit einer Oberstufe aus, um breite Schüler_innenschaften anzusprechen. Zusätzliche Angebote (z.B. besserer Ganztag, mehr Zeit zum Lernen durch G9, Berufsorientierung) sowie gezielte Werbemaßnahmen sichern die Attraktivität der Stadtteilschule. Wir werden auch künftig die Ressourcen im Schulsystem so verteilen, dass Stadtteilschulen entsprechend ihrer besonderen Aufgaben sehr gut ausgestattet sind. Das alles wirkt: Die Schüler_innenzahlen an den Stadtteilschulen steigen. Kein anderes Bundesland hat ein so integratives Schulsystem wie Hamburg.</p>	<p>Es bestehen in sozial unterschiedlichen Stadtteilen weiterhin große Lernstandunterschiede (KERMIT) durch große Integrations- und Inklusionsanforderungen. Nach dem Bildungsbericht 2017 bedarf es in Hamburg verstärkter Anstrengungen, die Integrationsleistung zu erhöhen und qualitätsvolle Abschlüsse zu erreichen. Hierfür ist vor allem die Attraktivität und Qualität der Stadtteilschule zu erhöhen.</p> <p>Für Kinder mit Sprachförderbedarf, zum Beispiel aufgrund von Migrationshintergrund, aber auch von sozialindizierten Gründen, muss in den Regelklassen eine entsprechende Sprachförderung etabliert werden. Hierfür werden wir den Lehrkräften entsprechende Zeitkontingente als Ressource pro Schülerin/Schüler zur Verfügung stellen. In diesem Sinne ist es notwendig und sinnvoll, die Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte im Fach Deutsch als Zweitsprache deutlich zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems.</p>

Kein Freibrief

Meine Anfrage an die **bildungspolitischen Sprecher_innen** der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien war verbunden mit der Bitte, die Antworten gleich in das mitgelieferte Raster zu schreiben. Mir war klar, dass bei unterschiedlicher Länge der Beiträge die Größe der 'Felder' verschieden groß ausfallen würde. Deshalb bat ich um die Formulierung von Kernforderungen. Daran wurde sich nicht immer gehalten. Ich war daher gezwungen, einige Antworten, gekennzeichnet durch die übliche Markierung (...), zu kürzen. Dass die Beiträge trotzdem unterschiedlich lang ausgefallen sind, ließ sich nicht immer vermeiden. Dies sollte aber natürlich nicht mit einer Wertung der Antworten verbunden werden.

JOACHIM GEFFERS

		
<p>Wir wollen eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst und eine geringere Unterrichtsverpflichtung in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit und der Berufseinstiegsphase. Der Dreh- und Angelpunkt ist das Lehrerarbeitszeitmodell und die Verteilung der Wochenarbeitszeit/Funktionsstunden durch die Schulleitungen. Seit seiner Einführung sind neue Aufgaben hinzugekommen, andere weggefallen. Erst kürzlich haben wir eine Verwaltungsstelle an Schulen geschaffen, die Lehrer_innen von nichtpädagogischen Aufgaben befreit. Davon abgesehen sind wir bereit, die Aufgaben nochmal anzusehen und gegebenenfalls anzupassen. Unser Schwerpunkt liegt auf den Schulen in KESS 1 + 2-Gebieten. Hier sind die Lehrer_innen mit besonderen Aufgaben konfrontiert, die wir gerne im LAZ abgebildet sehen würden.</p>	<p>Die Lehrerarbeitszeitverordnung gehört abgeschafft und die Arbeitszeit für die Lehrkräfte sollte auf 20 Stunden maximale Unterrichtsverpflichtung festgelegt werden.</p>	<p>Auch wenn das LAZ prinzipiell geeignet ist, den Einsatz von Lehrer_innen fair und transparent zu organisieren, so ist es dennoch offensichtlich, dass die derzeitigen dort angesetzten Werte nicht mehr mit den Herausforderungen in den Schulen übereinstimmen. Wir sind daher der Ansicht, dass die aktuelle Situation der Lehrkräfte in den Schulen überprüft und das LAZ entsprechend aktualisiert werden muss. Dabei geht es uns aber in keinem Fall um die Reduzierung von Fachstunden, sondern um die Schaffung von Freiräumen für die Lehrkräfte, wie wir sie auch schon durch die neuen Schulverwaltungsfachkräfte im Rahmen des Schulstrukturfriedens erreicht haben. Unser Ziel ist es, dass Lehrer_innen täglich mit Begeisterung und Freude in die Schule gehen können, weil sie sich ganz auf ihre Kernaufgabe – guten Unterricht – konzentrieren können.</p>
 <p style="text-align: right; font-size: small;">Foto: Fraktion DIE LINKE</p>	<p>Sabine Boeddinghaus</p>	
<p>Das Ziel grüner Politik war schon immer die soziale Durchmischung und die Abkoppelung schulischen Erfolgs vom formalen Bildungsgrad der Eltern. Wir sehen: dort, wo das stattfindet, fühlen sich alle wohl. Es sind sowohl Stadtteilschulen als auch Gymnasien (Grundschulen sowieso), die diese Leistung vollbringen. Davon wollen wir mehr. Deshalb unterstützen wir Schulen und Lehrkräfte in KESS 1 + 2-Gebieten. Außerdem möchten wir, dass an allen Schulformen für alle Kinder – in ihrer unterschiedlichen Art zu Lernen – Angebote gemacht werden können. Dazu gehören Schulversuche, Lernmethoden, die Neugier bewahren und fördern. Außerschulische Lernorte, Einbezug externer Expert_innen in den Schulalltag, projektorientierter Unterricht und mehr Mitbestimmung von Schüler_innen an zentralen Fragen des Schullebens werden wir unterstützen und fördern.</p>	<p>Sowohl die Schullaufbahnpflichtung als auch das Abschulen nach Klasse 6 vom Gymnasium an die Stadtteilschule müssen ein Ende haben. DIE LINKE hat ein inklusives Schulgesetz vorgelegt, das zeigt, dass 100 Prozent Inklusion an allen Schulen verbunden mit individueller Förderung möglich ist. Die UN Konventionen über die Rechte der behinderten Menschen und die der Kinder müssen endlich konsequent umgesetzt werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen unverbrüchlich zum Elternwahlrecht. Die Aussage, dass „soziale Segregation“ sich allein anhand der Wahl der Schulform ablesen ließe, teilen wir nicht. Schulen sind über die Schulform hinaus hochindividuell und es gibt bei jeder Schulform Fälle mit mehr und mit weniger Herausforderungen. Richtig ist aber: In Hamburg hängt der schulische Erfolg nach wie vor stark von der sozialen Herkunft ab! Das wollen und müssen wir ändern! Wir wollen erreichen, dass alle Schulen ungeachtet ihrer Schulform für die jeweils für sie spezifischen Herausforderungen perfekt aufgestellt sind, um eine bestmögliche Förderung jedes Schülers/jeder Schülerin zu ermöglichen. Wir sind bereit, ganz mutige und innovative Wege zu gehen. Einer dieser Wege ist das Konzept Talentschule: Wir wollen exzellente Gymnasien und Stadtteilschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung dahin bringen, wo sie am dringendsten benötigt werden und maximalen Effekt erzielen: in kinderreiche Stadtteile mit den größten sozialen Herausforderungen.</p>

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Wie wollen Sie der ungleichen Verteilung der Inklusionsschüler_innen auf die Schularten begegnen?</p>	<p>Alle Hamburger Schulen arbeiten inklusiv. Die geringere Zahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Gymnasien ist darauf zurückzuführen, dass viele von ihnen die Leistungsanforderungen für den Übergang in Klasse 7 nicht erreichen. Diese Leistungsanforderungen wollen wir auch nicht ändern, denn damit würde das Zwei-Säulensystem aufgehoben und zu einem System mit „Einer Schule für alle“, was den Verabredungen im Hamburger Schulfrieden widersprechen würde. Entsprechende Volksinitiativen sind in Hamburg auch klar abgelehnt worden. Wir achten den Willen der Eltern und werden das Zwei-Säulen-System daher nicht aufbrechen. Außerdem würde eine andere Verteilung der Schüler zu einer anderen Verteilung der Ressourcen führen, so dass die Personalausstattung der Stadtteilschulen darunter leiden würde.</p>	<p>In Hamburg gilt seit 2010 die Wahlfreiheit der Eltern für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Beschulung an einer Förder- oder einer Regelschule. Die Bildungsbereiche der RBBZs stehen für die Beschulung der Kinder mit Förderschwerpunkten in Lernen, Sprache und sozial emotionale Entwicklung zur Verfügung. Darüber hinaus hat Hamburg ein Netz an Schwerpunktschulen, die sich um die individuelle Förderung kümmern. Allgemeine und Schwerpunktschulen werden seit 2010 vermehrt angewählt, doch gibt es nicht überall optimale Bedingungen. Die Betreuung von Kindern mit Sonderförderbedarf während der Schulzeit ist i.d.R. über Förderpläne und entsprechende Ressourcen gewährleistet. Auf der weiterführenden Regelschule wird der überwiegende Teil der Inklusion von den Stadtteilschulen gestemmt, Gymnasien beteiligen sich entsprechend ihres Bildungsauftrages. Dieses geschieht jedoch aufgrund geringerer Ressourcen zu einem deutlich kleineren Anteil. Gymnasien sollten mehr in die Lage versetzt werden, ihre Bereitschaft zur inklusiven Beschulung zu erhöhen.</p> <p>Sonderpädagogischer Förderbedarf muss bei Bedarf durch qualifizierte Schulbegleitungen ergänzt werden. Hier darf nicht am Kind gespart werden.</p>  <p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: abgeordnetenwatch</p> <p>Birgit Stöver</p>
<p>Wie erklären Sie sich, dass mittlerweile nur noch weniger als ein Prozent der Kinder mit einer Gymnasialempfehlung eine Stadtteilschule besuchen?</p>	<p>Entscheidend für die Attraktivität der Stadtteilschule ist ein profiliertes gutes pädagogisches Angebot, dass aufgrund der guten Ausstattung jeder Stadtteilschule möglich ist. Unter Hamburgs zehn beliebtesten Schulen sind acht Stadtteilschulen. Rund ein Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler führt die Stadtteilschule zum Abitur. Das zeigt, welche Chancen gute Stadtteilschulen bieten.</p>  <p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: Wikipedia.org</p> <p>Barbara Duden</p>	<p>Kinder und Jugendliche in Hamburg haben seit 2011 neben dem Gymnasium die Möglichkeit, an der Stadtteilschule alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur abzulegen. Welche Schulform die Schülerinnen/Schüler wählen, ist eine freie Entscheidung und lässt sich nur bedingt steuern. Die Stadtteilschule hat in vielen Bereichen große Erfolge vorzuweisen, dennoch bestehen zwischen einigen Stadtteilen große Lernstandsunterschiede aufgrund von Integrations- und Inklusionsanforderungen sowie sozialen Rahmenbedingungen. An den meisten Stadtteilschulen ist der gemeinsame Unterricht von leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen/Schülern einer Klasse beziehungsweise einem Kurs gängige Praxis. Schülerinnen/Schüler müssen an Stadtteilschulen optimal auf die unterschiedlichen Abschlüsse vorbereitet werden. Dies kann unter Umständen besser durch einen Unterricht von leistungsstarken und -schwachen Schülerinnen/Schülern in unterschiedlichen Kursen erreicht werden. Wir wollen die inhaltlichen Vorgaben der Kultusministerkonferenz für eine äußere Differenzierung in den Kernfächern der Klassenstufen 7 – 10 verpflichtend an allen Schulformen, vor allem an den Stadtteilschulen, durchsetzen. So gewinnt die Stadtteilschule für Schülerinnen/Schüler an Attraktivität.</p>



Inklusion ist die Akzeptanz von Vielfalt und der selbstverständliche Umgang mit Vielfalt. Inklusion spricht nicht von „Inklusionsschüler_innen“, sondern drückt die Haltung aus, dass alle Menschen verschiedene Stärken oder Schwächen haben, die alle eine Gesellschaft oder Klassengemeinschaft bereichern können – wenn man dies zulässt.

Darüber, dass Gymnasien wenig Kinder mit sonderpädagogischem oder sonstigem Förderbedarf aufnehmen, sich auch weniger Schüler_innen hier anmelden, sind wir unzufrieden. Wir wollen das ändern und auch Gymnasien darin unterstützen, Kinder mit Förderbedarf anzunehmen und somit verschiedene Lern- und Unterstützungformen anbieten zu können. Denn tatsächlich entspricht die Vorstellung von der homogenen Lerngruppe am Gymnasium nicht immer der Realität.



Nach unserem Schulgesetzentwurf arbeiten alle Schulen uneingeschränkt inklusiv und erhalten dafür die notwendigen Ressourcen und Qualifikationen.

Diese Frage wurde nicht beantwortet

Die Zahl variiert deutlich. Über das gesamte Stadtgebiet ist sie nicht zu halten. Wir legen außerdem Wert auf den Umstand, dass 80-90 Prozent der Abiturient_innen an Stadtteilschulen keine Gymnasialempfehlung hatten. Das macht deutlich: sie sagt nichts über den kommenden Schulerfolg aus. Wir Grüne setzen uns für die Abschaffung der Gymnasialempfehlung ein. Sie ist ein Überbleibsel aus alten Zeiten und sagt in einem zweigliedrigen Schulsystem noch weniger aus als zu Zeiten, in denen die Empfehlung die subjektive Einschätzung einer Lehrkraft über die Abiturwahrscheinlichkeit 10jähriger Kinder darstellen sollte. Dennoch: auch wir wünschen uns eine breite Akzeptanz der Stadtteilschulen auch unter bildungsnahen Eltern. Dafür haben wir viel getan. Die Historie der Stadtteilschule hat es in sich, dass viele Eltern nach wie vor neben dem Gymnasium hier die Haupt- und Realschule vermuten. Allerdings wandelt sich diese Wahrnehmung vor allem dort, wo Stadtteilschule gute und interessante Angebote macht. Diese wollen wir weiter fördern.

Diese Tatsache entspricht sicher nicht der großartigen Arbeit und Leistung der Stadtteilschulen. Diese Schulform übernimmt Verantwortung bei der Umsetzung der Inklusion, der Integration von geflüchteten jungen Menschen und bei der Unterstützung ihrer Schüler_innenschaft bei der Bewältigung vieler weiterer sozialen Herausforderungen, die sich alltäglich stellen. Das ist ein schulisches Umfeld, was offenbar nicht jedem Elternhaus entgegenkommt. Denn wenn soziale Herkunft sich im Bildungsweg widerspiegelt, können wir diese schulische Spaltung als Teil der sozialen Ungleichheit deuten. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich wird in der krassen Aufteilung in zwei Schulformen noch vertieft. Das ist derzeit von der Mehrheit der Parteien so gewollt und wurde in dem jüngst geschlossenen Bündnis von SPDGRÜNECDUFDP zur Verlängerung des sogenannten Schulstrukturfriedens für die nächsten fünf Jahre zementiert.

Die Beantwortung dieser Frage wäre Spekulation. Es gilt aber: Stadtteilschulen müssen so attraktiv sein, dass sie auch gern von Eltern und Schüler_innen angewählt werden. An einigen Stadtteilschulen ist das ja auch der Fall. Wir wollen die Stadtteilschulen im Rahmen unserer Qualitäts-offensive für die schulische Bildung weiter stärken und damit erreichen, dass gedankliche Stoßrichtungen, wie sie sich in der Fragestellung wiederfinden, in Zukunft keine Rolle mehr spielen.

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Inwieweit hängt der Schulerfolg Ihrer Auffassung nach auch vom Verhältnis von muttersprachlich-deutschen Kindern und Kindern mit nicht deutscher Familiensprache in einer Klasse/Lerngruppe ab? (Der Richtwert, dass es nicht mehr als 35 Prozent sein sollten, wird in Hamburg bei 64 Prozent der staatlichen Grundschulen, bei 71 Prozent der Stadtteilschulen und bei 39 Prozent der staatlichen Gymnasien überschritten.)</p>	<p>Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern hängt nicht von ihrer Muttersprache ab, sondern davon, dass wir die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Textverständnis und Rechnen stärken. Das sind die Schlüsselkompetenzen, die über den weiteren Bildungsweg entscheiden. Durch gezieltes Qualitätsmanagement (z.B. KERMIT, Schulinspektionen), Fortbildungen und Unterrichtshandreichungen (z.B. Basiswortschatz, Lesebeispiele) haben wir den Bildungserfolg erheblich verbessert. Hamburgs Schülerinnen und Schüler haben in Mathematik, Deutsch und Englisch erheblich bessere Ergebnisse erzielt. So wollen wir weitermachen.</p>	<p>Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Hamburg sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, deren Erfüllung im Schulwesen auf möglichst viele Schulern, hier Standorte, mit dafür gezielt aus- oder fortgebildeten Lehrkräften verteilt werden muss. Wenn nun die Hauptlast der Aufgabe von relativ wenigen, schon stark belasteten Stadtteilschulen in den städtischen Brennpunkten getragen wird, so ist dies keine auskömmliche Schulpolitik, sondern schlechte, oft hilflose Verwaltung einer wichtigen Aufgabe unserer Stadt. Für Kinder mit Sprachförderbedarf, zum Beispiel aufgrund von Migrationshintergrund, aber auch von sozialindizierten Gründen, muss in den Regelklassen eine entsprechende Förderung durch qualifizierte Lehrkräfte etabliert werden. Hierfür werden wir den Lehrkräften entsprechende Zeitkontingente als Ressource pro Schülerin/Schüler zur Verfügung stellen. In diesem Sinne ist es notwendig und sinnvoll, die Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte im Fach Deutsch als Zweitsprache deutlich zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems.</p>
<p>Welches Konzept der Schulstruktur in Hamburg würden Sie vorantreiben (Schule für Alle, 2-Säulen-Modell, Campusschule, einheitliche flexible Oberstufe, G8/G9, Y-Modell) und warum gerade dieses?</p>	<p>Das Hamburger Zwei-Säulen-System hat sich bewährt, Hamburgs Schülerinnen und Schüler haben ihre Kompetenzen in Mathematik, Deutsch und Englisch erheblich gesteigert. Überregionale Medien sprechen sogar von einem „Bildungswunder“ (Handelsblatt, vgl. auch ZEIT, Süddeutsche Zeitung). Grundlage für den Erfolg sind zwei gleichberechtigte Schulformen, die beide zum Abitur führen. Niemals in der Hamburger Schulgeschichte gab es so viel „gemeinsames Lernen“ wie im jetzigen Zwei-Säulen-System. Die Frage nach einem anderen Schulsystem stellt sich daher nicht. Auch deshalb nicht, weil mittlerweile die gesamte Bildungswissenschaft den geringen Einfluss der Schulstruktur und den deutlich größeren Einfluss von gutem Unterricht auf den Bildungserfolg nachgewiesen hat. Um den Unterricht zu verbessern, brauchen wir den Schulfrieden und das Zwei-Säulen-System.</p>	<p>In Hamburgs Schullandschaft herrscht aufgrund verschiedener Herausforderungen (z.B. Inklusion, Integration, zu kleine Schulen, Unterrichtsausfall und Lehrermangel) viel Unruhe. Wir sprechen uns gegen eine Strukturveränderung und für eine Weiterentwicklung der Grundschule, der Stadtteilschule und des Gymnasiums sowie der Förderschulen aus. Wir wollen das von uns in breitem Konsens eingeführte „Zwei-Säulen-Modell“ (einschließlich Förder- und Berufsschulen) erhalten.</p> <p>Unsere Kinder sind angesichts ihrer Interessen, ihrer Fähigkeiten, ihrer Begabungen und der Erwartungen der Eltern unterschiedlich. Daher müssen die Kinder entsprechend ihrer Talente individuell auf ein selbstbestimmtes Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet werden. Deshalb bedarf es eines differenzierten und durchlässigen Bildungssystems und keiner Einheitsschule.</p>
<p>Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit mehr Fachkräfte in den Kindertagesstätten eingestellt werden?</p>	<p>Es werden bereits jetzt und weiterhin mehr Fachkräfte in den Kitas eingestellt – für den weiteren Kita-Platzausbau und speziell zur Verbesserung der Betreuungsqualität. So wurden – frühere Verstärkungen ergänzend – zum Jahresanfang 2019 weitere 600 Fachkräfte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels finanziert. Auch Anfang 2020 ist eine so starke Verbesserung finanziert. Wir haben beschlossen, dass der Fachkraftschlüssel für alle Krippenleistungsarten bis zum 01.01.2021 auf 1:4 verbessert wird. Für alle Elementarleistungsarten wird der Fachkraftschlüssel zum 01.01.2024 auf 1:10 verbessert. Laut jüngster Bertelsmann-Studie belegt Hamburg bundesweit Platz 1 bei den Investitionen pro Kind unter sechs Jahren mit 7.324 Euro (Bundesschnitt: 5.053 Euro pro Kind). Die Bertelsmann-Studie spricht von einer „kontinuierlichen“ Verbesserung der Personalsituation – positiv wird zudem bewertet, dass Hamburg sich bei der Verwendung der Bundesmittel für die Verbesserung der Betreuungssituation als dauerhaft zu finanzierende Maßnahme entschieden hat. Die Ausbildungszahlen sind auf Rekordniveau.</p>	<p>In vielen Kindertagesstätten wird angesichts schlechter Personalausstattung längst an der Belastungsgrenze gearbeitet. Neben der aktiven Gewinnung, der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften müssen auch die Arbeitsbedingungen in den Kitas spürbar verbessert werden.</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass pädagogischen Fachkräfte neben ihrer Tätigkeit die Möglichkeit haben müssen, im Bereich der Kindertagesbetreuung entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Nur so ist es aus unserer Sicht möglich, auf lange Sicht eine Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung zu erreichen. Daher muss der Personalschlüssel zukünftig mittelbare Pädagogik, Urlaub, Krankheit und Fortbildung voll berücksichtigen.</p> <p>Es ist absurd, dass einerseits händeringend Erzieherinnen/Erzieher gesucht werden, aber andererseits an vielen Ausbildungsstätten Schulgeld anfällt. Wir wollen, dass die Ausbildungen zur SPA und zur Erzieherin/zum Erzieher überall kostenlos sind. Außerdem wollen wir prüfen, inwieweit eine Dualisierung der Ausbildung sinnvoll ist, um angehenden Erzieherinnen/Erziehern in der Ausbildung einen Verdienst zu ermöglichen und den Praxisbezug der Ausbildung zu erhöhen.</p>



Zu Faktoren, die angeblich alleine zu Lernerfolgen von Schüler_innen führen sollen, gibt es verschiedene Studien mit verschiedenen Ergebnissen. Wir sind überzeugt davon – und viele Schulen machen das offensichtlich –, dass selbstverständlich auch an Schulen mit einem Anteil von über 35 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund Lernerfolge zu verzeichnen sind. Es wäre fatal für Hamburg, wenn dies nicht möglich wäre, denn der Anteil von Schüler_innen mit Migrationshintergrund liegt bei ca. 50 Prozent in manchen Schulen bei über 80 Prozent.

Unserer Ansicht nach sind Familien mit „muttersprachlich-deutschen Kindern“ oder „nichtdeutscher Familiensprache“ keineswegs eine homogene Gruppe. Es kann sich demnach um kein Merkmal handeln, anhand dessen Klassen zusammengesetzt werden.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung dafür, den eigenen Bildungsweg zufriedenstellend zu gestalten und gehört zu den Mitteln, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erlangen. Deshalb muss die Gelegenheit dafür auch in allen Fächern durchgehend inklusiv gegeben sein. Ich wünsche mir eine Schule, in der nicht mehr klassifiziert wird in „muttersprachlich-deutsch“ oder „deutsch als Zweit/Fremdsprache“, sondern in der alle Kinder den Förder- und Unterstützungsbedarf bekommen, den sie brauchen.

Der Erwerb der deutschen Sprache wird natürlich unterstützt, wenn Kinder auch in dieser Hinsicht voneinander lernen können. Insofern und mit Hinblick auf die Bildungsforschung ist es sicherlich ratsam, sich anzuschauen, wie eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen denen, die bereits gute Kenntnisse haben und denen, die noch Förderbedarfe haben, in den jeweiligen Klassen erreicht werden kann. Ziel muss sein, dass möglichst schnell ein hohes gemeinsames Niveau erreicht wird.

Wir haben im Sommer einen Schulstrukturfrieden beschlossen, der ein ganzes Maßnahmenpaket vorsieht und eine Änderung der Struktur ausschließt. Wir sind der Überzeugung, dass insbesondere die Stadtteilschulen – auch als Campusschule – nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich als alleinige neunjährige weiterführende Schule im Inneren in Ruhe weiterentwickeln kann.

DIE LINKE setzt sich seit jeher für eine Schule für Alle ein, also für einen einheitlichen Organisationsrahmen, innerhalb dessen der breiten Vielfalt der Schüler_innenschaft angemessen pädagogisch Rechnung getragen werden kann. Dafür haben wir jetzt, auch vor dem Hintergrund der UN-Behinderten- und Kinderrechtskonvention, ein inklusives Schulgesetz vorgelegt, das zeigt, dass inklusive Bildung an allen Schulen und Schulformen zwingend geboten und realisierbar ist. Teil davon ist auch das Lernen im eigenen Takt.

Wir stehen unverbrüchlich zur Schulstruktur in ihrer jetzigen Form. Das Zwei-Säulen-Modell hat sich bewährt und bietet den Schüler_innen und Eltern ein Optimum an Flexibilität in Bezug auf den schulischen Bildungsweg.

Hamburg hat sich klare Ziele gesetzt beim Betreuungsschlüssel und diese auch gesetzlich festgeschrieben. Wir wollen den Betreuungsschlüssel von 1:10 im Elementarbereich und von 1:4 im Krippenbereich erreichen und auch bei einem deutlichem Wachstum des Kitasystems insgesamt halten.

Wir haben die Aus- und Weiterbildung zur Erzieher_in attraktiver gemacht. Angehende Erzieher_innen können während ihrer Aus- und Weiterbildung entweder BAFöG wie zum Beispiel das Meister-BAFöG bekommen oder sie können im Rahmen einer berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung direkt Geld verdienen. Dennoch wollen wir GRÜNE die Ausbildung und die damit zusammenhängende Vergütung noch attraktiver machen. Die Ausbildungskapazitäten müssen sich nach dem jeweiligen Bedarf richten. Gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Faktor, um für Arbeitnehmer_innen attraktiv zu sein. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir die Personalausstattung verbessern und gute Fortbildungsmöglichkeiten bieten.



Die Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Arbeit der Erzieher_innen müssen deutlich verbessert werden. Momentan brechen viel zu viele Ihre Ausbildung ab oder treten ihren gelernten Beruf nicht an, weil die Bedingungen, unter denen sie lernen und arbeiten müssen, auf Grund zu knapper Ressourcen, nicht ausreichender Personalschlüssel, schlechter Bezahlung und schwieriger Arbeitsplatzausstattung zum Teil unzumutbar sind.

Wir wollen die Erzieher_innenausbildung reformieren und attraktiver machen, zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung.



Foto: Wikipedia.org

Anna von Treuenfels-Frowein

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Wie wollen Sie mit der aus der Tarifstruktur entstandenen Ungerechtigkeit für das Pädagogisch-Therapeutische-Fachpersonal (PTF) umgehen?</p>	<p>Wir arbeiten dafür, die Bezahlung der unterschiedlichen pädagogischen und therapeutischen Berufe zu verbessern. Allerdings ist dies insbesondere Aufgabe der Tarifparteien, so dass Hamburg hieran nicht unmittelbar beteiligt ist. Wir wünschen uns, dass die Gewerkschaften hier für eine gerechtere Verteilung sorgen. Der Senat wird als Teil der Arbeitgebervereinigung der Länder ebenfalls versuchen, die Entwicklung zu korrigieren. Gemeinsam sollte uns das gelingen.</p>	<p>Das Pädagogisch-Therapeutische-Fachpersonal (PTF) in Hamburg leistet einen großen Beitrag zum Gelingen der Inklusion. Ihr Einsatz in den Sonderschulen, einem besonders belastenden Arbeitsfeld, gilt es entsprechend zu würdigen. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass sie von dem Tarifabschluss 2019 für den öffentlichen Dienst der Länder nicht profitieren, da sie im Tarifvertrag als „Gesundheitsberufe“ geführt werden. Wohingegen die anderen Erzieherinnen/Erzieher von der vereinbarten Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes profitieren. Sie arbeiten und fördern ihre Schülerinnen/Schüler gemeinsam. Daher setzen wir uns für eine Gleichstellung der Bezahlung ein.</p>
<p>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für die an der Universität Beschäftigten?</p>	<p>Hamburg als Zukunftsstadt braucht kluge Köpfe. Dazu gehören auch Arbeitsplätze in Wissenschaft und Forschung, die sich im Rahmen eines von Hamburg entwickelten und bundesweit beachteten Code of Conduct-Prozesses bewegen. Wir haben uns erfolgreich auf Bundesebene für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stark gemacht. Im Ergebnis führte das zu einer Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Damit wurde die bisher weit praktizierte Möglichkeit, im wissenschaftlichen Bereich nur befristete Arbeitsverträge abzuschließen, deutlich eingeschränkt. Ein wichtiger Schritt, um Berufskarrieren in der Wissenschaft attraktiver zu machen und junge, qualifizierte Absolventinnen und Absolventen an den Hochschulen zu halten! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten in Zukunft noch stärker berücksichtigen, dass es unterschiedliche Aufgaben an einer Hochschule gibt, die auch unterschiedliche Arbeitsbedingungen benötigen. So sollen Daueraufgaben auch verstärkt mit unbefristeten Stellen erledigt werden, was die Attraktivität dieser Arbeitsplätze erhöht und eine qualitativ hochwertigere Personalentwicklung ermöglicht.</p>	<p>Zunächst einmal müssen die Hochschulen finanziell besser ausgestattet werden. Bei den derzeit laufenden Neuverhandlungen der Hochschulvereinbarungen ab 2021 müssen den Hochschulen höhere Budgetsteigerungen zugestanden werden als die bisher festgesetzten 0,88 Prozent. Nur so haben die Hochschulen die Möglichkeit, ihre Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter besser zu bezahlen und mehr Arbeitsverhältnisse zu entfristen. Wir fordern daher eine jährliche Erhöhung der Grundfinanzierung von 3 Prozent. Drei Viertel des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sind an den Hochschulen befristet beschäftigt. Das kann nicht so bleiben. Denn Planbarkeit und Zukunftssicherheit ist für die Mitarbeiter an Hochschulen wichtig. Die CDU begrüßt daher die Bemühungen des Senats im Rahmen des Code of Conduct bzw. der Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes 2014, dass Stellen, auf denen überwiegend Daueraufgaben in Forschung und Lehre wahrgenommen werden, die nicht der Qualifizierung dienen, unbefristet zu besetzen sind. Und natürlich unterstützen wir sämtliche Bemühungen darum, im Hochschulbereich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen.</p>
<p>Welche Forderungen unterstützen Sie in Hinblick auf Bezahlung und Ausgestaltung der Verträge für die Beschäftigten in der Weiterbildung?</p>	<p>Allgemeine und berufliche Weiterbildung ist für uns der Schlüssel für die Sicherung unserer Wirtschaftsstärke und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Um die Weiterentwicklung der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung in Hamburg systematisch zu stärken und regionale Handlungsfelder zu identifizieren, werden wir eine Hamburger Weiterbildungsstrategie entwickeln, weil wir in Hamburg alle Talente brauchen. Jede und jeder muss die Chance haben, die den individuellen Fähigkeiten und Begabungen entsprechende, bestmögliche Qualifizierung zu erwerben. Auch an den Hochschulen müssen wir die organisatorischen Voraussetzungen anpassen. Das bedeutet, dass Studienangebote auf neue Zielgruppen, wie z. B. Studierende im mittleren oder fortgeschrittenen Alter, ausgerichtet werden. Damit die Hochschulen ihr Profil als Einrichtungen lebenslangen Lernens schärfen können, werden wir gemeinsam mit ihnen Hindernisse und Hemmnisse identifizieren und so weit wie möglich beseitigen. Soweit es dabei auch um die Ausgestaltung von Verträgen geht, werden wir uns dafür einsetzen, dass sie der wichtigen Aufgabe der Weiterbildung angemessen sind.</p>	<p>Im Bereich der Bezahlung und Ausgestaltung der Verträge für die Beschäftigten in der Weiterbildung muss etwas passieren. Gute Kursarbeit braucht gute Lehrkräfte, die ihrer Ausbildung entsprechend angemessen entlohnt werden müssen. Nach jahrzehntelanger Stagnation ist es an der Zeit, die Honorare der Kursleiter_innen, die oftmals einen ähnlichen Werdegang wie Berufsschullehrer_innen haben, zu erhöhen.</p> <p>Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass sich die Honorare immer nur auf die geleisteten Stunden beziehen. Die in die Vor- und Nachbereitung investierte Zeit bleibt unberücksichtigt. Diese Tatsache rechtfertigt die Einführung eines Ausfallhonorars.</p>



Die Entstehung dieser Ungerechtigkeit ist schwer nachvollziehbar und liegt auch in den tariflichen Einstufungen von Tätigkeiten begründet. Hier müssen die Tarifpartner zu einer Einigung kommen.

Bereits 2016 hatten wir die Anhebung des Gehalts der Pädagogisch-Therapeutischen Fachkräfte auf TV-L 9 gefordert. Neben der Anhebung der Entlohnung auf das Gehalt von Erzieher_innen muss die vor knapp einem Jahr eingeführte Dienstzeitregelung für PTF abgeschafft werden mit dem Ziel, dass die Fachkräfte wieder ausreichend Zeit für ihre originären Aufgaben im Rahmen der multi-professionellen Teams erhalten.

Eine Änderung der Tarifstruktur ist von unserer Seite nicht vorgesehen.

Wir wollen die Attraktivität der Hochschulen für herausragende Mitarbeiter_innen stärken und den Hochschulen durch eine größere Anzahl von Dauerstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen die bessere Erfüllung von Daueraufgaben in Forschung und Lehre ermöglichen. Aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir die AG Code of Conduct fortführen, um dem Austausch zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen ein festes Forum zu bieten.

Wir streben einen möglichst hohen Anteil der Lehre durch Professor_innen an und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Lehraufträge angemessen vergütet werden. Für Promovend_innen wollen wir je nach Fachbereich unterschiedliche Mindestvertragslaufzeiten festlegen.

DIE LINKE setzt sich für planbare Berufswege in der Wissenschaft ein. Dafür ist ein Entfristungsprogramm notwendig[...]. Dazu benötigen die Hochschulen eine entsprechende Grundfinanzierung. Auch die vom Bund verstetigten Mittel[...] sollen nach Auffassung der LINKEN eingesetzt werden, um mehr Dauerstellen an den Hamburger Hochschulen[...] zu schaffen. Besonders problematisch ist weiterhin die Beschäftigungssituation der Lehrbeauftragten[...]. Diese missbräuchliche Vergabe als kostengünstige Alternative zu hauptberuflichem Personal lehnt DIE LINKE ab. Lehrbeauftragte müssen eine gerechte Vergütung bekommen. Auch die etwa 5000 studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass studentische Hilfskräfte einen Tarifvertrag erhalten.

Wir wollen ein Verbot von Kettenbefristungen. Damit schaffen wir sichere Arbeitsplätze und einen gesicherten Start ins Berufsleben. Die studentischen Hilfskräfte wollen wir in den städtischen Mindestlohn von derzeit 12 €, nach unseren Vorstellungen 14 €, einbeziehen.

Zu einer Aufwertung des Wissenschaftsstandorts gehört auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Nur so werden wir die klügsten Köpfe nach Hamburg holen und Nachwuchsforscher und -wissenschaftler aus unserer Stadt in Hamburg halten können. Den „Code of Conduct“ zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen wollen wir im Dialog mit den Betroffenen weiterentwickeln.

Wir verstehen, dass es nicht für alle attraktiv ist, als Honorarkraft in der Erwachsenenbildung tätig zu sein, besonders wenn dies als alleinige Einkommensquelle dienen soll. Wir werden uns für faire Arbeitsbedingungen einsetzen. Dazu gehört z. Bsp. das Krankengeld oder Urlaubsgeld. Grundsätzlich liegt auch dieser Bereich im Rahmen der Tarifpartner.

Die Beschäftigten im Bereich DAZ bzw. DAF und der VHS haben Anspruch auf gute Bezahlung, Zuschüsse zur Sozialversicherung, bezahlten Urlaub und Anrechnungszeiten für Vor- und Nachbereitung. Die VHS braucht eine deutliche Aufstockung ihrer Zuweisung aus Landesmitteln. Wir möchten in der nächsten Legislatur zusammen mit hoffentlich vielen Expert_innen an einem Weiterbildungsgesetz für Hamburg arbeiten.

In Bezug auf Lehrkräfte: Wir Freie Demokraten setzen uns für hochwertige Weiter- und Fortbildungsformate für alle Hamburger Lehrkräfte ein. Nur so können wir gewährleisten, dass die Lehrkräfte bestmöglich auf aktuelle Entwicklungen, zum Beispiel im Rahmen der Digitalisierung, vorbereitet werden.

In Bezug auf Angestellte allgemein: Die Arbeitsmarktpolitik muss die Weiterbildung von Beschäftigten stärker unterstützen. So sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des bestehenden Budgets der BA grundsätzlich auch für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent gefördert werden können – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann. Um alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in ihre eigene Weiterbildung zu unterstützen, muss darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert werden.



Foto: abgeordnetenwatch

Olaf Duge